

Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Zweite Demo verlief ruhiger

Protest Weniger Plakate, weniger impulsiv, aber dieselbe Botschaft: Erneut versammelten sich am Freitagabend 500 bis 600 Menschen in Vaduz, um gegen die Coronapolitik zu protestieren. Nach gut einer Stunde nahm die Teilnehmerzahl langsam ab.

VON DAVID SELE

Etwa gleichviel Leute wie vor einer Woche versammelten sich am Freitagabend vor dem Regierungsgebäude, um gegen die Coronamassnahmen zu demonstrieren. Die Polizei sprach im Nachhinein von etwa 500 bis 600 Personen. Dieselbe Einschätzung gab der den Veranstalter gleichgesinnte Youtube-Kanal RheinTV ab, der die Demonstration abermals live übertragen hatte.

Wiederum waren die Teilnehmer aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich angereist. Es machte jedoch den Anschein, dass es sich um ein leicht anderes Publikum handelte. So waren deutlich weniger Plakate und Transparente zu sehen als noch vor einer Woche. Zudem sank die Zahl der Teilnehmer nach rund einer Stunde mit fortlaufender Dauer der Demonstration. Kurz nach 20 Uhr endete die zweistündige Kundgebung und mehr oder weniger alle Demonstranten zogen unter lautem Kuhglockengeläut der sogenannten «Freiheitstrychler» ab.

Schutzkonzept irrelevant

Das Schlusswort oblag dem Organisator Andrea Clavadetscher. Er bedankte sich für die Spenden, die die Teilnehmer in die Kollekte gegeben hatten. Damit sollen die mit der Demo verbundenen Kosten finanziert werden. Auch ein Verein mit dem Namen «Unerhört» soll noch gegründet werden. «Das nächste Mal füllen wir den Platz. So, dass man nicht einmal mehr umfallen kann», rief Clavadetscher. Aus Sicht der Coronamassnahmen muss er sich deswegen offensichtlich keine Sorgen machen.

Das von der Regierung im Voraus genehmigte Schutzkonzept sah zwar Abstandhalten oder Maskentragen vor. Diese Bestimmungen wurden an der Demo augenscheinlich aber weder kundgetan noch eingehalten. Kontrollen oder gar ein Eingreifen durch die Behörden gab es aber ohnehin nicht. Besser klappte es beim sprachlichen Teil: Da vor einer Woche diverse Äusserungen auf der Bühne getätigt wurden, die mutmasslich einen Straftatbestand darstellen, hatte die Regierungskanzlei dieses Mal direkt in die Bewilligung geschrieben, dass strafbare Handlungen zu unterlassen seien. Zwei Redner vom letzten Mal deuteten an, dass sie sich dadurch in ihrer Meinungsfreiheit beschränkt fühlten. «Aber wir können uns auch glücklich schätzen, wenn uns sogar schon die Staatsanwaltschaft verfolgt, dann ist bestimmt irgendwas im Busch», sah sich einer bestätigt. Bis auf ganz wenige Ausnahmen war die Stimmung auf dem Rednerpult dieses Mal aber nicht mehr so aggressiv, wie es bei manchen Wortmeldungen vor einer Woche der Fall war.

Genötigt durch 3G

Die Demonstration richtete sich vor allem gegen die 3G-Pflicht, aber auch gegen die Coronapolitik generell. Vorgetragen wurden vereinzelt auch persönliche Schicksale. Am eindrücklichsten, jenes einer Frau, deren Kind mit Behinderung nur noch im Special-Olympics-Team schwimmen darf, wenn es sich impfen lässt. Dies setzt die Mutter, die auch Beistand ihres Sohnes ist, ge-

waltig unter Druck. «Es geht zu weit», sagte sie in ihrem knapp gehaltenen Statement. Viele Redner kamen zum Schluss, dass die 3G-Regel eine Diskriminierung der Ungeimpften darstellt. Insbesondere, dass Coronatests bald kostenpflichtig sind, verstärkt diese Wahrnehmung. Dazu äusserte eine Frau, die zuvor einzelne Massnahmen zur «angeblichen Pandemie» gekannt ins Lächerliche gerückt hatte, noch eine andere Theorie: Wenn Tests kosten, werde weniger getestet. Also würden auch die Fallzahlen sinken. «Damit köpft ihr eure eigene Pandemie», so das Fazit.

«Bestehe auf eigene Fakten»

Manche Redner befassten sich inhaltlich mit der Impfung. Von verheerenden Nebenwirkungen bei Jugendlichen war die Rede. Einer sagte, dass alle Geimpften unfruchtbar und in kurzer Zeit sterben würden. Ein weiterer behauptete, dass der Staat - anders als im Epidemiegesez geschrieben - keine Haftung für etwaige Impfschäden übernehme. Folgerichtig die Aussage einer Rednerin: «Wir sind nicht zu faul, sondern zu klug zum Impfen.» Ein Mann behauptete, dass viele Geimpfte auf der Intensivstation landen und sterben würden - und stellte damit den gegenteiligen Bericht des Leiters der Intensivstation des Spitals Grabs in Abrede. Voten wie diese gab es noch einige mehr und sie reichten bis zur Behauptung, dass eine bekannte Zahnpflegespülung das Coronarisiko verringere. Es zeigte sich deutlich, wie weit sich Meinungen von allgemein anerkannt

ten Fakten entfernen können. Ein Redner drückte es pointiert aus und erklärte, dass er nicht nur darauf beharre, seine eigene Meinung zu haben: «Ich bestehe auch auf meine eigenen Fakten.»

Fehlende Repräsentation

Gepaart ist diese Optik mit der Wahrnehmung, dass sich Politik, Ärzte und Medien verschworen hätten. Kein Liechtensteiner Arzt äusserte sich kritisch, wunderte sich ein Redner. Ein anderer bemerkte, dass Regierungen weltweit fast mit den gleichen Massnahmen auf die Pandemie reagieren. Und auch im Liechtensteiner Landtag würden offensichtlich 95 Prozent der Abgeordneten mit «dem Mainstream» mit schwimmen. Und die Medien - sie seien reine Hofberichterstatter, würden keinen kritischen Journalismus betreiben und hätten sich ohne Wenn und Aber einspannen lassen, so ein weiterer Votant. Unter dem Strich: Die Menschen, die da sprachen und wohl auch jene, die dazu klatschten, fühlen sich nicht ausreichend repräsentiert.

Beinahe verhallt, schien am Ende das anfängliche Votum von Kurt Ackermann. Er umrahmte die Veranstaltung musikalisch und hatte sogleich auch als erster Redner das Wort ergriffen. Der Musiker appellierte an die Massnahmengegner, die «Grabenkämpfe in den Kommentarspalten» auf Facebook zu beenden. «Es ist Energieverschwendung, es bringt nichts. Redet miteinander», so Ackermann. Er erklärte den Demonstranten auch, dass es in den Medien aufgegriffen wird, wenn sie Extrempositionen vertreten und damit die eigentlichen Anliegen in den Hintergrund gedrängt werden.



Verschiedene Optionen für Gratis-Tests möglich

Bundesrat vertagt Entscheid zu Testkosten

BERN Gesundheitsminister Alain Berset informierte am Freitagnachmittag zum Thema Gratis-Coronatests, ein Entscheid ist aber noch nicht gefallen. Der Bundesrat will verschiedene Optionen zu den Gratis-Tests nochmals diskutieren. Eine Möglichkeit wäre, die Frist für die Gratis-Tests zu verlängern. Eine andere Option sei es, Anpassungen für gewisse Personengruppen vorzunehmen. Laut Berset führen die kostenpflichtigen Tests per 1. Oktober nämlich bei manchen Personen zu Problemen - insbesondere für einmal Geimpfte, die noch auf ihre zweite Dosis warten müssen. Der Bundesrat sei deshalb «offen für Anpassungen der Regeln. Man werde «bald entscheiden.»

Ausweg über Impfung, nicht Tests

Der Schweizer Gesundheitsminister stellte gleichzeitig klar, dass der Weg aus der Krise über die Impfung führe, nicht über Tests. Zudem sei eine Impfung günstiger als ein Test. «Wir finden nach wie vor, dass es nicht die Aufgabe der Allgemeinheit ist, die Testkosten für ungeimpfte Personen zu übernehmen», so Berset. Ende August hatte der Bundesrat beschlossen, dass die Kosten für die Corona-Tests ab dem 1. Oktober für asymptomatische Personen nicht mehr vom Bund übernommen werden. Im Bundeshaus formierte sich dagegen seit der Ausweitung der Zertifikatspflicht Widerstand. Grüne, SP, Mitte-Partei und SVP verlangen, dass die Tests für alle kostenlos bleiben.

Ähnlich wie in der Schweiz fordern auch in Liechtenstein die Landtagsfraktionen der VU und der FL sowie die DpL-Abgeordneten, das kostenlose Testprogramm für die gesamte Dauer der Zertifikatspflicht zu verlängern. Die FBP stellt sich hinter den aktuellen Regierungsentscheid, geht aber davon aus, dass die Frage nach dem Entscheid der Schweiz nochmals diskutiert wird. Den Landtag braucht die Regierung ohnehin nicht, um eine Verordnung anzupassen. «Wir verfolgen die Diskussionen und den Entscheid in der Schweiz mit und werden gegebenenfalls Anpassungen auf liechtensteiner Seite vornehmen», informierte Generalsekretär Martin Hasler am Donnerstag auf Anfrage. «Es war der Regierung seit Anfang der Pandemie immer wichtig, die Entscheide der gegebenen Situation entsprechend zu fällen beziehungsweise anzupassen.» (red/sda)

Weitere Testmöglichkeiten in Liechtenstein

Neben den PCR-Tests und den Antigenschnelltests bei Ärzten und Apothekern können sich in Liechtenstein Versicherte an weiteren Standorten testen lassen. Gratis sind diese vorerst aber nur bis September:

- Grand Casino Bendern, täglich, 12 bis 24 Uhr
- Casino Admiral in Ruggell und Triesen: Sonntag bis Donnerstag, 11 bis 2/1.30 Uhr, Freitag und Samstag, 11 bis 3 Uhr/2 Uhr
- Restaurant da Noi, Schaan; Donnerstag, Freitag und Samstag ab 17.30 Uhr
- Malbun, Freitag und Samstag ab 18 Uhr
- TAK Theater in Schaan; jeweils an Vorstellungsenden und mit Voranmeldung

Zweitimpfungen finden im Impfzentrum statt

148 traten zur Spontanimpfung an: Weitere Gelegenheit am Montag

VADUZ Bei einem weiteren Spontanimpftermin haben sich am Freitagabend über zwei Stunden hinweg 148 Personen gegen das Coronavirus impfen lassen. Dies teilte das Impfzentrum am Abend auf Anfrage mit. «Ein gutes Ergebnis», kommentiert Jürgen Schwarz die Bilanz kurz und knapp. Ein weiterer Impftermin findet am kommenden Montag, ebenfalls zwischen 17 und 19 Uhr, statt. Noch am vergangenen Montag hatte es einen wahren Ansturm auf die Spontanimpfungen gegeben. Fast 600 Personen waren zum Teil stundenlang angestanden, um sich impfen zu lassen (das «Volksblatt» berichtete). Grund war die Aussicht auf die 3G-Pflicht, wie eine Umfrage des «Volksblatts» in der Warteschlange ergab.

Zweitimpfungen gewährleistet

Der grosse Andrang stellte die Regierung jedoch auch vor ein Problem. Die Zweitimpfungen für die spontanen Impfungen sollten eigentlich vier Wochen später in den Arztpraxen erfolgen, da das Impfzentrum Ende September geschlossen werden sollte. Für die sieben Arztpraxen, die zusammen nur rund 150 Impfungen pro Woche anbieten können, wäre dies jedoch nicht zu machen. Hinzu kommt, dass die Termine in den Arztpraxen bis mindestens Ende Oktober bereits ausgebucht sind.

«Angesichts der hohen Nachfrage nach Impfungen bleibt das Impfzentrum in Vaduz bis zum 20. Oktober geöffnet. Durch die Verlängerung kön-

nen die Zweitimpfungen der Impftermine ohne Voranmeldung von dieser und kommender Woche im Impfzentrum durchgeführt werden», teilte das Ministerium für Gesellschaft nun am Freitagnachmittag mit. Demnach sollen im Impfzentrum die Zweitimpfungen der spontanen Impfungen am 18., 19. und 20. Oktober erfolgen.

Impfzentrum soll schliessen

Am Entscheid, das Impfzentrum grundsätzlich zu schliessen, ändert sich jedoch nichts. Die letzten Erstimpfungen mit Termin fanden dort am 27. August statt. Es gibt keine Möglichkeit mehr, sich zur Impfung im Impfzentrum anzumelden. Das heisst, die Termine, die in den Arztpraxen vereinbart sind, können nicht ins Impfzentrum verlagert und dadurch vorgezogen werden.

Die Regierung will aber neue Möglichkeiten zur Impfung schaffen (das «Volksblatt» berichtete am Donnerstag). Nach der Schliessung des Impf-

zentrums soll an zentralen Standorten in diversen Gemeinden des Landes sowie in Unternehmen durch mobile Teams geimpft werden. «Detaillierte Informationen dazu werden zu gegebener Zeit veröffentlicht», heisst es in der Mitteilung der Regierung vom Freitag.

Start in Gemeinden und Betrieben womöglich früher

Dies müsse aber nicht heissen, dass es hier auch zu einer Überlappung kommen kann, sodass Termine für Erstimpfungen frühestens ab Oktober wieder möglich sind, stellte das Ministerium für Gesellschaft am Freitag auf «Volksblatt»-Nachfrage klar. «Der genaue Start der Impfungen in Betrieben und Gemeinden muss noch definiert werden, es kann hier auch zu einer Überlappung kommen, sodass weitere Erstimpfungen vor Schliessung des Impfzentrums möglich sein werden», so das Ministerium. (ds)



Dieses Schild wird wohl erst am 20. Oktober verschwinden. (Foto: M. Zanghellini)